

Bericht über eine Fachkonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung am 30.11.2006 in Berlin

„UN-lösbar? Von einem brüchigen Waffenstillstand zu einem nachhaltigen Frieden im Nahen Osten – Mögliche deutsche Beiträge und ihre Einordnung in den europäischen Ansatz“

Erstmals in der Geschichte der Bundeswehr sind deutsche Soldaten an einer Blauhelmission im Nahen Osten beteiligt. Über die Folgen dieses Engagements wird ebenso heftig debattiert, wie über mögliche politische Maßnahmen, die den Militäreinsatz begleiten sollen. Viele Unsicherheiten resultieren dabei aus dem Charakter des jüngsten Konflikts zwischen Israel und der libanesischen Hisbollah. Schien nun auch der Nahe Osten Opfer eines so genannten „Neuen Krieges“ geworden zu sein, in denen man statt einer Armee Rebellengruppen gegenübersteht? Der uralte Nahost-Konflikt hätte sich demnach endgültig „modernisiert“. Die Suche nach möglichen Lösungsansätzen wird dadurch nicht leichter. Es liegt jedoch nahe, dass Israel und seine Nachbarn nicht in Frieden leben können, wenn die vielfältigen Wurzeln des Konflikts nicht behandelt werden.

Angesichts der neuen Qualität der zuletzt eskalierten Gewalt wagte die Friedrich-Ebert-Stiftung in einer Fachkonferenz den erneuten Blick auf die vielschichtigen Wurzeln der Probleme in der Region. Dabei sollten vorhandene Lösungsansätze (Road-Map, Genfer Initiative, King Abdallah Initiative, Gaza-Abkommen, Euromed-Assoziierungsabkommen, SPD-Nahost-Konzept etc.) auf ihre Aktualität hinsichtlich der neuen Lage überprüft und mögliche neue Ansätze diskutiert werden.

Teil I: Bestandsaufnahme/ Ursachenanalyse des aktuellen Konflikts

In seiner Eröffnungsrede unterstrich *Hans-Ulrich Klose*, MdB die Notwendigkeit, sich über den Militäreinsatz hinaus, um politische Lösungsansätze zu bemühen. So forderte er eine Politik der kleinen Schritte, die zwar einen langen Atem bedeuteten, dann jedoch um so nachhaltiger wirken könnten, wie die Erfahrungen in Europa gezeigt hätten.

Im Rahmen seiner Bestandsaufnahme mit dem Titel „Early Warning – No Action? Die Ursachen des Nahostkonfliktes im libanesischen Reagenzglas“ unterstrich *Alain Gresh*, Redakteur und Nahostexperte von *Le Monde Diplomatique* die neue Qualität des Konflikts. Allerdings dürfe die Auseinandersetzung mit Guerilla gleichen Bewegungen nicht dazu führen, politische Prozesse auszusetzen. Die historische Bedeutung der Madrid Konferenz von 1991 und damit ihr Erfolg habe gerade darin bestanden, dass sowohl die USA als auch die damalige noch existente UdSSR

und sogar Syrien vertreten gewesen wären. Sogar die Regierung Jitzhak Shamirs hätte sich dem damaligen Dialogansatz nicht widersetzt. Es bestehe ein offensichtlicher Zusammenhang zwischen der Krise im Libanon und anderen Konflikten der Region. Gefordert sei daher ein ganzheitlicher politischer Ansatz, der den israelisch-palästinensischen Konflikt zwar in den Mittelpunkt stelle, darüber hinaus jedoch die ideologisch aufgebrochenen Gräben zwischen den Gesellschaften des Nahen Ostens und dem „Westen“ überwinden müsse.

In einem anschließenden Panel zur aktuellen Situation berichtete zunächst *Markus Bickel*, freier Journalist aus Beirut, über die Post-Konfliktsituation im Libanon. Bickel machte das Publikum darauf aufmerksam, dass das israelische Kalkül, wonach sich die libanesische Bevölkerung gegen die Hisbollah stellen würde, nicht aufgegangen sei. Unabhängig von den sich verschärfenden internen politischen Konflikten im Libanon, fühlten sich sowohl das pro-syrische als auch anti-syrische Lager als Opfer der israelischen Militärschläge. Das Kidnapping der israelischen Soldaten – Auslöser des Krieges im Juli 2006 - würde als eine Art Kriegsgefangenschaft und weniger als völkerrechtswidrige Entführungen gedeutet. Erstmals sei es – aus der Sicht vieler Libanesen – gelungen, Israels Armee regelrecht „vorzuführen“. Das allein werde in der gesamten arabischen Welt schon als Sieg gedeutet. *Emil Lieser*, Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ägypten, berichtete über Loblieder sunnitischer Demonstranten in Kairo auf den schi'itischen Hisbollahführer Nasrallah. Anstelle des früheren Pan-Arabismus eines Gamal Abdel Nassers rücke so ein Pan-Islamismus, der sich auch gegen das jeweils eigene säkulare Regime, wie z.B. das eines Hosni Mubarak, richte.

Hermann Bünz, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Israel, berichtete, die israelische Gesellschaft sei als Folge des Krieges zutiefst verunsichert. Israel sei nicht (mehr) unverwundbar. Die politischen Folgen die diese Einsicht nach sich zöge, seien noch nicht vollends absehbar. In der israelischen politischen Klasse habe jedoch ein Prozess der intensiven Debatte um einen möglichen Strategiewechsel im Konflikt mit den arabischen Nachbarn eingesetzt, der auch von herausragenden Intellektuellen, wie Amos Oz, begleitet würde. Auch in den palästinensischen Gebieten, so betonte *Knut Dethlefsen*, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ost-Jerusalem, habe man es seit langem schon mit nicht-staatlichen Gewalttätern zu tun. Die Autonomiebehörde (PA) sei als politischer Akteur quasi von der politischen Bühne verschwunden. Mit der erneuten Eskalation der Gewalt sei nicht nur der Prozess des nationalen Dialogs gescheitert, der einen Ausweg aus der derzeitigen Isolation der PA geboten habe. Stattdessen sei das noch radikalere Auslandsbüro der Hamas in Damaskus gestärkt worden. Die „Bruderhilfe“ durch die Hisbollah würde dabei durchaus kritisch gesehen. Gerade die säkularen palästinensischen Gruppen hätten wenig Interesse daran, dass „ihre Sache“ durch externe Spieler instrumentalisiert würde. Damit seien in erster Linie die Hisbollah, aber durchaus auch

Iran und Syrien gemeint, die bei der Suche nach Lösungsansätzen immer öfter als Schlüsselakteure genannt werden.

Wenig ist dabei jedoch über die tatsächlichen Machtverhältnisse vor allem in Syrien bekannt. *Murhaf Jouejati*, gebürtiger Syrer und Professor an der George Washington University, ging dementsprechend hart mit seiner Wahlheimat, den USA, ins Gericht. Die amerikanische Syrienpolitik sei nicht einmal mehr die einer „carrots and sticks“. Sie vergesse, positive Anreize zu schaffen und setze allein auf eine Strategie der Bestrafung. Die amerikanischen Kontakte zur syrischen Opposition oder der Abzug der amerikanischen Botschafterin aus Damaskus hätten Syrien aus dem „pan-arabischen Konsens“ heraus regelrecht in die Arme Teherans getrieben. Das Regime in Damaskus sei gestärkt aus dieser Isolationspolitik hervor gegangen: die von Syrien unterstützte Hamas habe einen Wahlsieg errungen, die Hisbollah einen Militärsieg, der Partner Iran sei auf der weltpolitischen Agenda ganz oben angekommen und zu guter Letzt hätte Präsident Bush vom eigenen Wahlvolk die aus syrischer Sicht gewünschte Quittung bekommen. Syrien sei in alle drei Kernkonflikte der Region (Israel-Palästina, Irak und Libanon) verwickelt. Das Land sei ein Schlüssel bei der Lösung dieser Konflikte. Wenn die USA zu den Höchstzeiten des Kalten Krieges mit Vertretern der UdSSR gesprochen hätten, wieso, so *Jouejati*, spreche man dann jetzt nicht mit Damaskus? Denn ein - wenn auch kalter - Frieden zwischen Syrien und Israel böte drei wesentliche Vorteile: Eine Schwächung der Hisbollah, eine Lähmung der Hamas und eine Neutralisierung des Iran.

Diese Aussagen wollte der iranische Vertreter, *Raool Nafisi*, voll unterstreichen. Nafisi, ebenfalls in den USA lehrend, erklärte die wachsende Zuneigung zwischen den kulturell höchst unterschiedlichen Regimen des Iran und Syriens mit der „gefühlten Bedrohung in beiden Ländern durch die wachsende Präsenz von amerikanischen Truppen in der Region“. Darüber hinaus bestünde der Vorteil der Allianz gerade darin, aufgrund der unterschiedlichen Ziele von Pan-Arabismus auf der einen und Pan-Islamismus auf der anderen Seite, nicht Interessenskonflikte zu kommen. Auf die Frage nach einer möglichen qualitativen Veränderung des Nahostkonflikts vertrat Nafisi die Ansicht, es sei weniger eine Stärkung nicht-staatlicher Akteure als eine zunehmende Radikalisierung der gesamten Region zu verzeichnen. Dieser Trend sei schließlich auch im Iran zu beobachten, wo sich bei den letzten Präsidentschaftswahlen entgegen allen Vermutungen der ultra-konservative Islamist Ahmadinedschad durchgesetzt habe. Hauptverlierer der Wahl seien damit die so genannten Reformer um den bisherigen Präsidenten Mohamed Chatami gewesen. Diese Radikalisierung der nahöstlichen Gesellschaften sei auch Ausdruck einer hohen Frustration über nicht stattgefundene Liberalisierungen in den letzten Jahren.

Teil II: Lessons Learned

Im Mittelpunkt des zweiten Teils der Konferenz stand die Frage nach den Lehren aus der historischen Erfahrung bisheriger Friedenslösungsansätze im Nahen Osten. *Andrä Gärber*, Leiter des Referats Naher Osten und Nordafrika der FES, gab einen Überblick über die bereits vorliegenden Friedensabkommen zwischen Israel und Ägypten bzw. Israel und Jordanien und konzentrierte sich auf die Ansätze, die bisher nicht von Erfolg gekrönt waren. Bei einer näheren Betrachtung dieser Abkommen und Konferenzen ausgehend von Madrid 1991 über das Gaza-Jericho-Abkommen (Oslo I 1994), Oslo II 1995, das Hebron Abkommen 1997, das Wye River Memorandum 1998 bis zur Road Map (2003) resümierte Gärber, stelle der jeweilige Gradualismus und das Ausklammern der so genannten Endstatusfragen aus heutiger historischer Sicht die größte Schwäche dar. Ein wichtiges Kennzeichen erfolgreicher Konzepte sei die Organisation multilateraler Gespräche und die Einbindung aller wesentlichen Akteure. Gerade der letzte Aspekt sei infolge des 11. Septembers 2001 und der damit verbundenen Re-Definition des Begriffs des Terrorismus durch die USA vernachlässigt worden. Das Konzept „Land für Sicherheit“ habe sich dagegen nicht als tragfähig erwiesen. Während die palästinensische Bevölkerung infolge der intensiven Siedlungstätigkeit Israels – auch und gerade nach den Oslo-Verhandlungen – Land zunehmend als verloren ansehen musste, brachte der Terrorismus palästinensischer Extremisten der israelischen Bevölkerung keine Sicherheit. Als Fazit, so Gärber, dürften sich zukünftige Lösungsansätze nicht länger einem Gradualismus der Phasen und Reziprozität unterwerfen. Es sei unerlässlich, in zukünftigen Verhandlungen sofort in die so genannten Endstatusfragen der Siedlungen, der Flüchtlinge, der Stadt Jerusalem und der Wasserverteilung einzusteigen. Das dafür zur Verfügung stehende Zeitfenster schließe sich angesichts des Siedlungsausbaus und der demografischen Entwicklung im Heiligen Land immer schneller. Das Mandat des Nahostquartetts (UN, EU, USA und Russland) könne durchaus auch auf andere Krisenherde der Region wie Irak ausgeweitet werden. Unter Umständen könne es auch sinnvoll sein, den international immer wichtiger werdenden Akteur China in ein Nahostquintett aufzunehmen.

Einen spannenden Einblick in die Hintergründe, den Verhandlungsverlauf, die Strategie und Probleme auf dem Weg zu den Oslo-Verträgen ließ *Hilde Henriksen-Waage*, Geschichtspräsidentin aus Norwegen, in ihrem Interview mit *Achim Vogt* (FES), zu. Henriksen-Waage erläuterte Norwegens Rolle als Mediator zwischen Israel und der PLO. Auf der Basis der vorliegenden Akten des Norwegischen Außenministeriums und Interviews mit beteiligten Akteuren zeichnete sie die wesentlichen Verlaufsmomente nach und betonte freimütig, wie wenig sich die norwegische Position entgegen der weit verbreiteten Annahme in der internationalen Öffentlichkeit tatsächlich von der „befangenen“ Diplomatie der Vereinigten

Staaten unterschieden habe. Entscheidend für einen zukünftigen Friedensprozess sei die Einflussnahme einer starken dritten Partei mit „starken Muskeln und einem unerschütterlichen Willen, diese Muskeln unter Umständen auch einzusetzen“. Ohne ein „Regime von Sanktionen“ sei der Frieden gegen die Widerstände auf beiden Seiten nicht durchzusetzen. Diese Rolle könnten nur die USA oder eine Koalition von Verbündeten spielen. Der EU käme unter Umständen eine Art ausgleichendes Gegengewicht zu. Ein Katalysator des Erfolgs sei definitiv, das Sprechen mit „den richtigen Akteuren“.

Die Absicherung einer politischen Lösung könne nach Ansicht von *Winrich Kühne*, Leiter des Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), auf jeden Fall durch Blauhelme der Vereinten Nationen erfolgen. Kühne wehrte sich gegen die langläufig negative Interpretation bisheriger UN-Friedenseinsätze in der Region. Alle Friedensmissionen der UN im Nahen Osten wären gemessen an ihrem Mandat sehr erfolgreich gewesen. Beginnend mit der United Nations Truce Supervision Organization (UNTSO) von 1948, die die „Wiege der Blauhelme“ darstellte über die United Nations Emergency Force (UNEF) I und II, die elf Jahre lang erfolgreich ihren Auftrag erledigt hätten, über die United Nations Disengagement Observer Force (UNDOF) auf dem Golan bis zur UNIFIL I, der United Nations Interim Forces in Lebanon, hätten alle Missionen durchaus effektiv das vorhandene UN Mandat umgesetzt. Problematisch sei allerdings, dass von ihnen gefordert worden sei, den politischen Prozess zu lösen. Unter Umständen, so Kühne, könne auch der derzeitige Einsatz von UNIFIL II den Eindruck erwecken, mit der Stationierung von Truppen sei eine Lösung geschaffen. Der UN-Einsatz, warnte Kühne, ersetze nicht den politischen Prozess. Die jüngste Libanon Resolution 1701 berge leider einige Unklarheiten. Er wundere sich, so Kühne, dass einige Vertreter der Bundeswehr von einem „Kapitel 6 Mandat“ der Vereinten Nationen sprächen. Ziffer 12 der Resolution 1701 mache deutlich, dass es sich bei UNIFIL II um ein „robustes Mandat“ handele, Gewaltanwendung zur Durchsetzung des erteilten Mandats also erlaubt sei. Dies sei der entscheidende Unterschied zu UNIFIL I. Dabei baue dieses „militärische Mittel als Zwangsgewalt im polizeilichen Sinne“ auf die Zustimmung aller Beteiligten. Der Erfolg von UNIFIL II, so Kühne, hänge entscheidend davon ab, ob die Neutralität der Blauhelme glaubhaft gegenüber der Bevölkerung auf beiden Seiten geltend gemacht werden könne. Dies könne unter Umständen auch die Unterbindung israelischer Überflüge auf der einen oder die Anwendung von Waffengewalt gegenüber Hisbollahkämpfern auf der anderen Seite bedeuten. Nicht das Mandat selbst, sondern erhebliches Fingerspitzengefühl bei seiner Umsetzung, sei letztlich für den Erfolg entscheidend.

Kapitän zur See Christian Dienst, der maßgeblich bei den Vorbereitungen des Bundeswehreinsetzes vor dem Libanon beteiligt war, räumte ein, dass es innerhalb der Bundeswehr unterschiedliche Interpretationen des Resolutionstextes gäbe, so dass vielfach

bereits die Rede von einem Mandat „innerhalb Kapitel 6a“ sei. In seinem Gespräch mit *Stefanie Flechtner* (FES) gab er jedoch zu bedenken, dass die Berichterstattung in den deutschen Medien der Komplexität der verschiedenen derzeitigen Auslandseinsätze nicht gerecht würde. So sei zwischen militärischen Einsätzen und militär-politischen Einsätzen zu unterscheiden. Militär-politische Einsätze hätten oft eine signalpolitische Funktion, die über das rein militärisch Sinnvolle hinaus ginge. Ähnlich wie der Marineeinsatz am Horn von Afrika im Rahmen der Operation Enduring Freedom, sei auch das UNIFIL II Engagement vor dem Libanon notwendig zur Unterstützung des deutschen Engagements bei der Suche nach einem Konfliktlösungsansatz. Kapitän Dienst zeichnete sehr detailliert nach, wie die Entscheidungsstrukturen innerhalb von UNIFIL II der Bundeswehr dabei deutliche Grenzen setzten, was die unmittelbare Reaktion auf Gefährdungen des Mandats betrifft. Zu diskutieren sei auch, weshalb der derzeitige Leiter der Mission in Naqura kein Zivilist – wie sonst üblich – sondern ein General sei. Kapitän Dienst unterstrich daher die Forderung Kühns, nach einem politischen Prozess, dessen Entwicklung nicht Aufgabe von Soldaten sein könne.

Teil III: Neue (alte) Lösungsansätze?

Angesichts der neuen Qualität des zuletzt ausgetragenen Teil-Konflikts und der zunehmenden Radikalisierung von Politik in der Region – so wurde in der Diskussion deutlich - ist ein politischer Prozess von Nöten, der über die bilateralen Dimensionen zwischen Israel und seinen Nachbarn hinaus geht und bislang nicht angesprochene Akteure und Ursachen mit einbezieht. Bei der Umsetzung von Lösungsansätzen müssen kurzfristige militärischer Elemente mit langfristig angelegten politischen zivilen Maßnahmen kombiniert werden. Die bislang ausgebliebene Friedensdividende hat den so genannten „Friedensprozess“ in den Augen vieler betroffener Menschen in der Region diskreditiert. Weder brachte er Land für einen palästinensischen Staat, noch Sicherheit für die israelische Bevölkerung. Weder brachte er Entspannung zwischen Israel und Syrien, noch ein tatsächliches Ende der gesellschaftlichen Spaltungen im Libanon. Der Ruf nach einem stärkeren Konfliktmanagement zur Verhinderung von Gewaltausbrüchen klang in allen Konferenzbeiträgen durch. Es sollte möglich sein, wirksame Anreize zu schaffen, Gewalt als Mittel der Politik auszuschließen. Wenn Europa sich in Zukunft im Nahen Osten engagieren will, gibt es dann nicht spezifisch europäische, vielleicht auch deutsche Erfahrungen, die es im Nahostkonflikt einbringen kann? Gibt es Instrumente und Strategien der De-Eskalation, die sich historisch bewährt haben? Kann nicht gerade Deutschland – die deutsche Sozialdemokratie - auf einen reichen Erfahrungsschatz zurückgreifen und auf Mechanismen verweisen, die langfristig stabilisierende und friedenssichernde Wirkung hatten? War es nicht paradoxerweise die Anerkennung des Status Quo, d.h. die zumindest vorläufige Akzeptanz der Teilung Deutschlands (bei Aufrechterhaltung der deutschen Frage), die den Ost-West-Dialog erst

ermöglichte? Welche Ansätze, Instrumente und Mechanismen der Konfliktbearbeitung könnten Anregungen für eine zukünftige deutsche/europäische Nahostpolitik geben? *Bundesminister a.D. Ehrhard Eppler* und *Prof. Dr. Egbert Jahn*, Universität Mannheim, diskutierten die Erfahrungen der Ostpolitik. In fünf beeindruckenden Thesen belegte Eppler in seinem Rückblick auf die Politik Willy Brandts das von Jahn gezogene Resümee, wonach sich der Wandel im Ost-West-Verhältnis durch die Priorität des Gewaltverzichts auf der Basis der Anerkennung des Status Quo sowie durch Annäherung vollzog:

- 1.) „Die Welt mit den Augen des anderen zu sehen“ ermöglicht Verständnis für dessen Tun
- 2.) „Der Westen war der Stärkere und konnte den ersten Schritt“ unternehmen, „denn der Schwächere konnte sich nicht die Blöße geben, zu kapitulieren“
- 3.) „Wer Frieden will braucht Verantwortliche, die den Frieden aushandeln und ihn anschließend in ihrer Gesellschaft durchsetzen“
- 4.) „Der Bewusstseinswandel in der *eigenen* Gesellschaft und praktische Lösungen (wie z.B. die Einführung von Passierscheinen) müssen ineinander greifen.“ Dieser Wandel, so Eppler, erfolgte schrittweise und wurde von Willy Brandt kontinuierlich von weiteren Erleichterungen wie Transitregelungen begleitet.
- 5.) Ein solcher gesellschaftlicher Wandel benötigt eine Zivilgesellschaft, die Tabus zu brechen bereit ist, die sich „Politiker nicht trauen, zu brechen“. Während noch auf dem Parteitag der SPD 1964 in Karlsruhe das Motto „Verzicht ist Verrat“ lautete, sei die später als „Ostdenkschrift“ bekannt gewordene Veröffentlichung der EKD „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ 1965 ein solcher Tabubruch gewesen. Die damaligen Verhältnisse seien kaum auf den Nahostkonflikt zu übertragen. Dennoch sei sein Fazit: „Es ist die Strategie der kleinen Schritte, die Bewusstsein schafft“.

Abschlussdiskussion

Die Vertreterinnen und Vertreter des Abschlusspanels „UN-lösbar? Mögliche Strategien deutscher Außenpolitik im Nahen Osten und ihre Einordnung in einen europäischen Ansatz“ standen vor keiner leichten Aufgabe. Moderator Marcel Pott zitierte das SPD-Grundsatzpapier „Für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten“ vom August 2006, dass sich in der Tradition Willy Brandts stehend begreift. Gernot Erler, Staatsminister im Auswärtigen Amt, war herausgefordert, die darin aufgeführten Thesen anhand der Politik seines Außenministers zu belegen.

Die aktuelle Shuttle-Diplomatie Außenminister Steinmeiers mache deutlich, so Erler, dass die Bundesregierung bemüht sei, die Friedensmission auch durch organisierten Frieden und

Friedensprozesse zu begleiten. Steinmeier habe Anstöße geben wie der Nahost Friedensprozess wieder reaktiviert werden könne. Mit dem Vorschlag, alle Akteure der Region einzubeziehen, einschließlich Syrien, und mit dem Vorschlag, das so genannte Nahost-Quartett wieder zu aktivieren, stehe der Außenminister für den Dialog, auch wenn er dies nicht als „Strategie“ nach Außen bezeichnete. Der Europaabgeordnete und SPE-Fraktionschef Martin Schulz bekräftigte den von Erler beschriebenen Ansatz. Dem gescheiterten Unilateralismus der US-Regierung setze Europa einen Dreiklang aus diplomatischen Aktivitäten, humanitärer Hilfe und – wenn nötig – militärische Maßnahmen entgegen. Der Erfolg dieser Politik zeige sich in den Fortschritten, die nun erzielt worden seien. So habe Israel erstmals die Bereitschaft gezeigt, internationale Truppen zur Sicherung seiner Grenzen zu akzeptieren. Auch der syrische Präsident Assad sende Signale aus, nicht mehr allein auf den Iran, sondern auch auf Europa zu setzen. Schließlich sei auch in Palästina nicht zu verkennen, dass die PLO und die Hamas zumindest darüber verhandelten, wie eine Regierung der nationalen Einheit aufzustellen sei. Wie Erler und Schulz war auch der Bundestagsabgeordnete Mützenich der Ansicht, dass es eines „vertrauensbildenden Prozesses“ bedürfe, bevor es zu einem nachhaltigen Frieden im Nahen Osten kommen könne. Für diesen vertrauensbildenden Prozess und eine Wiederaufnahme des Friedensprozesses, so Erler wiederum, seien jedoch drei Grundvoraussetzungen notwendig: 1. Die Freilassung der israelischen Soldaten aus der Gefangenschaft durch Hamas und Hisbollah 2. Eine Regierung der nationalen Einheit in den palästinensischen Gebieten und 3. Eine Stabilisierung der kritischen Lage der Regierung Seniora im Libanon. Perspektivisch, so Muriel Asseburg (SWP), müsse jedoch über eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten nachgedacht werden. Dabei müsse es auch über den Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in der Region gehen. Angesichts der israelischen Atomwaffen und dem iranischen Atomprogramm sei dies zwar ein schwieriger und langfristiger Prozess. Den Friedensprozess im Libanon und im Nahen Osten zu unterstützen – so die einhellige Meinung auf dem Podium - sei jedoch auf lange Sicht erfolgreicher, als die Bewältigung von immer neuen Kriegsfolgen.